

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

2.11.1923 (No. 255)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatssanalyzer:
Chefredakteur
E. U. e. d.
Karlsruhe.

Regulierungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 1.—6. November 10 000 000 000 M. — Einzelnummer 1 500 000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Schließjahr heute 24 000 000. Briefe u. Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigengestaltung, Anzeigenerstellung und Anzeigenerstellung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Anzeigenerstellung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Frankreich und seine Alliierten

Während in Deutschland trotz der lokalen Entspannung in Sachsen die Dinge immer noch schier chaotisch durcheinanderwogen, machen die Alliierten Frankreichs den Versuch, in annähernd geschlossener Front der Pariser Regierung auf den Leib zu rücken. So hat England mit Amerikas Hilfe und unter Zustimmung Italiens die Sachverständigenkonferenz durchgedrückt. Und zwar soll diese Konferenz auch dann stattfinden, wenn Poincaré hundertmal erklärt, daß er die Reparationskommission nach wie vor als die entscheidende Instanz betrachtet, und daß keine Sachverständigenkonferenz der Welt eine Herabsetzung der deutschen Schuld beschließen dürfe.

Amerika ist offenbar gewillt, unter allen Umständen an einer solchen Konferenz teilzunehmen. Ja, nach den neuesten Informationen soll der nordamerikanische Präsident, Coolidge, geneigt sein, der Regelung der europäischen Geschichte grundsätzlich eine durchaus aktiv gedachte Aufmerksamkeit zu schenken. Und es sollen fernerhin in Amerika Bankiers bereit sein, eine finanzielle Sanierung Deutschlands zu unterstützen, falls Deutschland nur irgendwie in der Lage ist, brauchbare Garantien zu bieten. Selbstverständlich ist die Voraussetzung solcher Garantien die Erhaltung der Einheit des Reiches.

Und deshalb, weil die Existenz des Reiches die absolute Voraussetzung für jede größere finanzielle Maßnahme in der deutschen Frage ist, haben die vernünftigen Staatsmänner unter den Alliierten Frankreichs ein berechtigtes Interesse daran, den völligen Zusammenbruch des Reiches zu verhindern. Die Reparationszahlungen, die ja nicht nur nach Frankreich, sondern auch nach England, Italien und Belgien fließen sollen, müssen als eine holbe Schimäre im Rauchfang verschwinden, wenn keine Instanz mehr da ist, die ihre Abführung gewährleistet. Und diese einzige Instanz kann nach Lage der Dinge immer nur das deutsche Reich, die deutsche Reichsregierung sein.

Sinnvoll kommt noch eine andere Erwägung für die Alliierten. Frankreich hat in der letzten Zeit den Bogen seiner imperialistischen Politik derartig überspannt, daß man überall in der Welt stutzig geworden ist und das allerschlimmste für den Weltfrieden von dieser Entwicklung der französischen Politik befürchtet. Wenn jetzt in verschiedenen Mächten der Alliierten, so u. a. in dem traditionell französischfreundlichen Mailänder „Corriere della Sera“ so getan wird, als ob man erst heute den Poincaréfuß, der sich hinter der Politik Poincarés verbirgt, erkenne und demgemäß erst jetzt zu Abwehrmaßnahmen schreiten könne, so ist das natürlich nur eitles Gerede.

Die führenden Staatsmänner in den alliierten Ländern sind sicherlich nicht so dumm gewesen, daß sie nicht die Eigenart und die Ziele der französischen Politik von vornherein durchschaut hätten. Nur haben sie es eben nicht gewagt, Frankreich gegenüber gemeinsam energisch aufzutreten, weil sie sich zu einem solchen Auftreten noch nicht sicher genug fühlten. Neben die Alliierten jetzt zur Pariser Regierung in kräftigeren Tönen, so ist daraus wohl zu schließen, daß sie ihre machtpolitische Situation für besser halten, als zuvor. Und schon allein der Umstand, daß Amerika den europäischen Dingen aktives Interesse entgegenbringt, könnte die Richtigkeit von dem Stärkerwerden der Position der Alliierten bestätigen. Es werden wohl aber auch noch andere Momente mitspielen.

Ferner war die französische Politik noch bis vor einigen Wochen bei allem Imperialismus immerhin darauf bedacht, ihre wahren Ziele zu verhüllen und die Dinge politisch so zu schieben, daß es sich seinen Alliierten gegenüber mit allerlei schönen Ausreden behelfen konnte. Diese Ausreden haben jetzt keine Zugkraft mehr, nachdem Poincaré gezeigt hat, daß auch die Aufhebung des passiven Widerstandes ihn in der Verfolgung seiner annekcionistaischen Pläne nicht hindern kann, und nachdem er durch die offensichtliche Duldung der separatistischen Bewegung im Rheinland vor aller Welt den Beweis für die Gefährlichkeit dieser annekcionistaischen Politik erbracht hat.

Und wenn Herr Poincaré heute erklären läßt, daß Frankreich die Sonderbündlerische Bewegung durchaus nicht unterstützt habe, so wird er mit dieser notorischen Verdröhung der Tatsache keinen Hund hinterm Ofen hervorlocken können.

Daß England aber diesen Punkt sehr ernst nimmt, erleben wir aus der Tatsache, daß die Londoner Regierung offiziell gegen die Sonderbündlerische Politik Frankreichs und Belgiens protestiert und dabei runderhand erklärt hat, daß England eine Veränderung der im Friedensvertrag von Versailles festgelegten Grenzen Deutschlands nicht dulden könne.

Ferner hat England verkündet, daß es die Sonderbündler als legale Macht nicht anerkenne. Die britische Regierung stellt sich also mit dieser offiziellen Note der französischen Rheinbündler entgegen. Und es ist ein guter Gedanke der Londoner Regierung, daß sie sich dabei gerade auf den Wortlaut des Friedensvertrags von Versailles bezieht.

Aber auch in Italien ist dieser Lage von führenden Organen der öffentlichen Meinung betont worden, daß Italien einer derartigen Veränderung der Machtverhältnisse in Europa, wie sie durch einen Erfolg der französischen Rheinbündlerpolitik ohne weiteres gegeben sein müßte, nicht tatenlos zusehen könne. Und in einem Blatt ist Frankreich zugerufen worden, es möge in seinem eigenen Interesse sich mäßigen, da ein von Frankreich beherrschtes Europa gleichbedeutend sein würde mit einem französischfeindlichen Europa.

Wirtschaftliche Umschau

Daß das liebe Geld die Welt regiert, ist nichts Neues. Heute freilich wird uns diese Wahrheit in einer Weise und Deutlichkeit bestätigt, die nichts zu wünschen übrig läßt. Jeder Einzelne wird jetzt zum Nachdenken gezwungen. Wer freilich den Anfang der Inflationsperiode im Krieg und ihre Weiterentwicklung in der Nachkriegszeit vor der Erinnerung vorüberfließen läßt, wird feststellen, daß die mit dem Geld- und Finanzwesen zusammenhängenden Fragen geradezu Stiefkinder der öffentlichen Erörterung waren und sich erst jetzt allmählich — oder sagen wir besser endlich — den ihnen zukommenden Rang gesichert zu haben scheinen. Es war zweifellos nicht recht, daß unser öffentliches Gewissen, betäubt durch das Karottium des Kriegs- und Nachkriegsgelbes, im allgemeinen noch tief zu schlafen schien, als es schon längst Zeit gewesen wäre, sich auf diesem für Volk und Reich so grundwichtigen Gebiet nachdrücklich zu rühren. Einzelne Mahner blieben ungehört und es scheint fast so, daß die Macht haben, welche immer sagen, dem deutschen Michel muß erst das Haus über dem Kopfe brennen, bis er anfängt zu löschen. Denn das, was auf dem Gebiet unseres Geldwesens geschehen ist, war im Ganzen vorauszu sehen. Ebenso wie auch das ohne ihre besondere Prophetengabe vorauszu sehen ist, was weiterhin auf dem Gebiet der deutschen Gesamtwirtschaft eintreten kann — selbst wenn es gelingt, die vorerst notwendigen dringlichsten Maßnahmen zur Reform unseres Geldwesens durchzuführen.

Zweifellos haben hierzu in letzter Zeit die maßgebenden Stellen des Reiches getan, was in ihren Kräften stand, wobei insbesondere anzuerkennen ist, daß man alles versucht hat, den immer neuen Komplikationen entgegenzutreten. Vor allem infolge der innen- und außenpolitischen Krisen ging es in latinisierender Weise abwärts. Zunächst hoffte man, nur ein Zwischenstadium zum Ziel der Goldwährung, die Rentenmark, zu brauchen. Aber man mußte sehen, daß unsere Wirtschaft bei dem Anschwellen der Mut immer neuer Schwierigkeiten selbst zu dieser Notbrücke nicht gelangen könne, wenn nicht noch Dämme über den schwankenden Boden geführt werden. Und schnell galt es und gilt es weiter zu handeln, zumal auch für diesen Bau alles Material mühsam angefahren werden muß. Des Material ist die Goldanleihe; bis es in genügender Menge an Ort und Stelle ist, soll werbeständiges Notgeld für sie eintreten, außerdem mußten an besonders gefährdeten Stellen eigentlich nicht im Plan des Reiches gelegene, aber gleichwertige Anleihen, wie unsere neue badische Festwertanleihe eingesetzt werden. Von vorübergehender Bedeutung soll das werbeständige Industriegelebe sein, wie es nach den Richtlinien des Reiches, d. h. auf Grund hinterlegter Goldanleihe u. a. bereits die Handelskammern Frankfurt a. M. und Hamburg zum Zweck werbeständiger Lohnzahlungen herausgeben. In Frankfurt werden diese Scheine bis spätestens 15. Dezember gegen effektive Stücke der Goldanleihe umgetauscht.

Schließlich glaubte man sich auch genötigt, zu dem gefährlichen Modus einer Art Devisenzwangswirtschaft zu greifen und hat allerdings dadurch nur vermocht, daß einige Tage lang die allerschlimmsten Erschütterungen hingehalten wurden. Mit Hilfe der Deviseneinheitsnotierung bei allerdings geringer werdenden Reparierungen, gelang es, die Berliner Einheitskurve für die Papiermark bis Mittwoch auf ziemlich gleichbleibender Höhe zu halten und so der dringendsten Zahlungsmittelnot einigermaßen zu begegnen. Man glaubte, die

ersten Schattenseiten eines solchen Verfahrens, mühselige Gewinne für die mit repartierten Devisen bedachten und dafür erhebliche Aufwendung von Devisen für die Interventionen auf Kosten des Reiches, zu diesem Zweck in Kauf nehmen zu müssen. Leider hat dieses künstliche und teure Verfahren seit vorgestern zu verjagen begonnen und die Papiermark, das Zahlungsmittel auf das wir vorerst aus den weiter unten noch erörterten Gründen im wesentlichen angewiesen bleiben, hat einen neuen katastrophalen Sturz zu verzeichnen. Der Donnerstag stand im Zeichen einer unheilvollen Verwirrung auf dem Devisenmarkt. Leider verzögert sich die Lieferung der Goldanleihestücke an die Käufer durch die Reichsbank fortwährend in unerträglicher Weise, was höchst schädlich auf die Valutabewegung einwirkt und es verursacht, daß am Donnerstag die Goldanleihe an der Berliner Börse repariert werden mußte und 25 Prozent über den Dollarkurs ging. Da die Käufer das Geld bereits eingezahlt haben, erhält es das Reich entwertet und erleidet dadurch außerordentliche Verluste, wofür die Käufer riesigen Gewinn einstreichen. Die Vorgänge, die sich am heutigen Tag in noch verstärkter Weise fortsetzen, bedeuten nichts anderes als den Zusammenbruch des neuen Marktwährungsversuches und der neuen Devisenzwangswirtschaft.

Hesitieren Wobden werden wir erst unter die Füße bekommen wenn die Rentenmark eingeführt ist. Dieser Zeitpunkt scheint immer noch nicht genau bestimmt und es scheint damit länger zu dauern, als ursprünglich angenommen wurde. Vorerst muß man es mit der Doppelwährung weiter versuchen und kann in der Richtung wenig tun, ihre Nachteile so erträglich als möglich zu gestalten. Die Papiermark und besser gesagt die Papiermilliarde, wird endgültig erst stabilisiert werden können, wenn die Rentenbank voll in Funktion und durch die damit vorgesehenen Maßnahmen die Notenpresse als Kreditinstrument des Reiches stillgelegt und ausgeschaltet ist. Dann könnte man auch nicht mehr im eigentlichen Sinn des Wortes von einer Doppelwährung sprechen, denn die Papiermark tritt damit in ein festes Kursverhältnis zur Rentenmark.

Vorerst aber bleibt es leider anders. In früheren Zeiten gab es auch Geldnöte. Das umlaufende Geld hatte verschiedene Metallgewichte, verschiedenen Gehalt und Wert. Da trat dann die Erscheinung ein, daß das bessere Geld aus dem Umlauf verschwand dank der Tätigkeit der wenig ehrsamten Gilde der „Kipper“ und „Bipper“, von denen die ersteren das Goldgeld befeilten und beschnitten, die anderen die guten Münzen „herauswippten“, d. h. sie einschmolzen, um von ihrem besseren Metallwert zu profitieren oder sie ins Ausland verschoben. Im Inlandumlauf blieb nur das schlechte Geld.

Ähnlich scheint es auch heute zu gehen, wenn auch Geldfelle und Waare überflüssig sind; sie werden durch die Kursentwicklung vertreten. Die Goldanleihen werden, solange die Papiermark nicht stabilisiert ist, gehamstert und evtl. auch nach dem Ausland zu Spekulationszwecken gegen Devisen verhandelt werden, die Papiermark wird aber in der Hauptsache dener bleiben, die nur auf ihr Arbeitseinkommen angewiesen sind, denn Staat und Länder können ja nicht unbeschränkt die Papiermark Goldanleihen drucken, wollten sie nicht eine neue Inflation hervorrufen und die Wirtschaft noch mehr ruinieren, als sie an und für sich schon ist.

Insoweit ist übrigens der Vergleich mit den Kippern und Bippnern auch nicht recht angebracht, als der eigentliche Zweck der Goldanleihen nicht der ist, als Umlaufmittel zu dienen. Sie sollen den Sparfuss wieder wecken und die redliche Kapitalansammlung im Kleinen fördern. Ihre Kleinstückelung, der Versuch, sie zum Umlaufmittel zu machen, ist eine Notmaßnahme. Wenn die Landwirte ihre Goldanleihen, auch unsere badische, in ihre Truhe legen, so kann ihnen eigentlich niemand einen berechtigten Vorwurf daraus machen. Dabei sei auch auswärtigen Mächten gegenüber darauf hingewiesen, daß der badische Goldanleihe deshalb keine inflatorische Wirkung zugeschrieben werden kann, weil sie, wenn sie auch, was zugegeben, vor der diesbezüglichen Verordnung der Reichsregierung erlassen, nicht im festen Verhältnis zur Goldanleihe des Reiches steht, auch nach ihrer Verbriefung auf 8,5 Mill. Goldmark, nicht einmal die Hälfte des Notenumlaufs der Badischen Bank (vor dem Krieg durchschnittlich etwas über 20 Millionen Goldmark) beträgt.

Man will oder richtiger muß also vorerst die durch Stilllegung der Notenpresse noch nicht stabilisierte Papiermark mitschleppen und wir werden noch eine zeitlang mit Milliarden und Billionen rechnen dürfen. Das werbeständige Rentenmark-Geld muß natürlich, da sonst Fälscher ein wirklich lohnendes Feld finden würden, ungleich sorgfältiger als das bisherige Papiergeld hergestellt werden, das eine Fälschung gar nicht lohnt und deshalb muß — so wird wenigstens in

Berlin erklärt — die Doppelwährung vorerst noch getragen werden. Man will dies mildern dadurch, daß man zunächst die Zahlung eines Teils der Gehälter und Löhne, auch in der Privatindustrie, in Goldanleihe oder durch sie gedecktes Goldgeld in die Wege leitet. Vielleicht tut man dadurch auch ungewollt, ein erzweites Geld und gewöhnt, was übrigens notwendig sein wird, weite Kreise der Arbeitnehmer langsam wieder an wertvolle Entlohnung. Denn dabei heißt es eigentlich mehr wirtschaften als jetzt, wo man es völlig zu verlieren droht. Man wird dann nicht mehr auf Gehaltsnachschüsse oder Spekulationsgewinne rechnen, sondern zu Anschaffungen wieder sparen und zurücklegen müssen wie einst. Freilich wohl dem, der es können wird, denn wir stehen zweifellos erst im Anfang der schweren Wirtschaftskrise, die hoffentlich eine Gesundungskrise sein wird.

Die oben schon gestreifte besonders aktuelle Frage der wertbeständigen Entlohnung soll nun in der Weise in Angriff genommen werden, daß zunächst nur ein Teil der Löhne und Gehälter wertbeständig ausbezahlt werden soll, was ja auch anders, bis die Rentenmark in Funktion tritt, nicht möglich sein wird. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die jetzt zur Verfügung stehenden wertbeständigen Zahlungsmittel vorwiegend einen geringen Umlauf haben und von denen, die es nicht nötig haben, sie auszugeben, vorerst gespart werden. Ob es dagegen und gegen die damit naturgemäß verbundene weitere Inflation an Papiermark ein Mittel gibt, ist fraglich. Vielleicht würde die Aufhebung der amtlichen Einheitskurse hier wirken, da bis jetzt der Kurs der Goldanleihe auf der gleichen Höhe gehalten wird wie der Kurs des Dollars, für den sich als internationales Zahlungsmittel im freien Handel wohl ein etwas höherer Stand durchsetzen wird. Ob aber auch hierdurch die Umlaufgeschwindigkeit der Goldanleihe wesentlich erhöht würde, ist zunächst fraglich.

Die Frage der wertbeständigen Entlohnung ist in diesen Tagen Gegenstand von Verhandlungen und Erörterungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise. Von Arbeitgeberseite wird vor allem, und mit Recht darauf hingewiesen, daß wertbeständige Lohnsätze das Vorhandensein wertbeständiger Zahlungsmittel voraussetzen, da mit der Papiermark — die Notenpresse kommt noch dazu — eben eine wertbeständige Entlohnung nicht herbeigeführt werden kann. Bei der Schaffung von Goldlohnentlohnung werde die Frage der Entlohnung der ungelerten Arbeiter die größten Schwierigkeiten bereiten. Während im Frieden der gelernte Arbeiter bis zu 50 Prozent mehr verdient, sei jetzt der Lohn der Ungelernten gegenüber dem der gelernten Facharbeiter umverhältnismäßig hoch gestiegen. Eine Vergrößerung der Friedensspanne sei übrigens durchaus gerechtfertigt, da damals der Ungelernte an der Grenze des Existenzminimums stand. Auch der Wertstand in der Entlohnung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen müsse wieder verglichen werden. Ebenso müsse bei einem Vergleich mit den Friedensverhältnissen die Frage der Arbeitsleistung und der Arbeitszeit berücksichtigt werden, wobei allerdings anzunehmen sei, daß bei wertbeständiger Entlohnung die gerade in der Zeit des Währungsverfalls aus psychologischen Gründen erklärliche persönliche Minderleistung wieder auf die volle Leistung gehen werde. Die Arbeitgeber stehen ferner auf dem Standpunkt, daß auch bei Berücksichtigung des Entwertungsfaktors auf dem Weltmarkt Nominallöhne in der Höhe der Vorkriegslöhne nicht gewährt werden könnten, da dies die heutige Lage der deutschen Wirtschaft nicht gestatten werde.

Zu diesen und anderen Punkten — die in einer Zuschrift im „Rammheimer Generalanzeiger“ von Arbeitgeberseite ausgeführt wurden — äußern sich Arbeitnehmerorganisationen im gleichen Blatt dahin, daß jeder einsichtige Arbeitnehmer die durch den verlorenen Krieg entstandene Wirtschaftslage in Rechnung stellen werde. Nur ganz wenig Artikel ständen aber unter den Friedenspreisen, viele dafür doppelt so hoch. Auch die Wohnungsmieten werden mit Einführung der Goldwährung steigen, was übrigens gerade im Interesse der Industrie, da die Bautätigkeit dadurch wieder angeregt werde, zu begrüßen sei. Der wirtschaftliche Niedergang dürfe sich nicht allein auf den Schultern der Arbeitnehmer auswirken. Werde die Kaufkraft der großen Arbeitnehmerklassen nicht ganz erheblich gehoben, dann werde die notwendige Belebung des Geschäfts und damit die Inangabe der Industrie nicht gelingen. Wenn vom Einzelhandel, der vielfach doppelt so hohe Goldgrundpreise ansehe, als im Frieden, der Weltmarktpreis verlangt werde, dann müßten auch die Arbeitnehmer eine entsprechende Entlohnung fordern.

Aber die beiderseitigen Gesichtspunkte hinaus werden sich voraussichtlich — worauf wir an dieser Stelle schon einmal hingewiesen — Faktoren, sozusagen natürlicher Art wohl in absehbarer Zeit geltend machen, auch auf dem Gebiet der Preisgestaltung. Bei wertbeständiger Entlohnung wird sich für die Leistung früher oder später eine einigermaßen entsprechende Bezahlung durchsetzen. Gerade hier werden auch auf dem Arbeitsmarkt Angebot und Nachfrage von größter Bedeutung sein, da der deutschen Industrie, will sie auf dem Weltmarkt konkurrieren und die unbedingt erforderliche Verbesserung unserer Zahlungsbilanz herbeiführen, gar nichts anderes übrig bleibt, als sich auf Qualitätsarbeit einzustellen. Notwendigerweise werden hierdurch ungelernete und ungeübte Kräfte vielfach frei werden und ihre Zahl an und für sich schon auf die Entlohnung dieser Arbeiterkategorie drücken. Überhaupt wird der schwerste Kampf der deutschen Wirtschaft um ihren Bestand erst richtig beginnen, wenn wir nach Ordnung des Geldwesens in der Lage sind, die Bilanz über Soll und Haben zu ziehen.

Die deutsche Frage ist — abgesehen von den außenpolitischen Fragen — die: Werden Reich, Länder und Gemeinden imstande sein, ihre Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen? Nur in diesem Fall wird die Währungsreform ge-

lingen, wird die deutsche Wirtschaft, die den deutschen Staat braucht, wieder gesunden können. Den Ernst der Lage charakterisiert die Tatsache, daß in der zweiten Oktoberhälfte vom 11. bis 20. Oktober nur knapp ein Hundertstel, mit der Goldanleihe ein Fünftel, der Staatsausgaben durch Einnahmen gedeckt wurden. Das übrige besorgte die Notenpresse. Aber den Verfall der Papiermark brauchen wir uns also nicht zu wundern. Nach einer Berechnung der „Frankf. Zeitung“ bedeutet dies nach dem Durchschnittsgoldmarktkurs etwa 200 Millionen Goldmark in einer, durch die Rückfälle allerdings außerordentlich belasteten, Debit! Bekanntlich soll die Rentenbank dem Reich einen Kredit von im ganzen 1200 Millionen Goldmark gewähren, der dazu dienen soll, die Reichsausgaben zu bestreiten, bis das Reichsbudget ins Gleichgewicht gebracht ist. Es bedarf keiner großen Rechenkunst, um zu erkennen, daß es in der jetzigen Weise einfach nicht mehr weiter gehen kann und daß die große Finanzreform und die beschlossenen Sparreformen — die verschiedentlich schon als zu wenig weitgehend bezeichnet werden — rüchlos durchgeführt werden müssen oder das Reich nicht leben können.

Carl Aug. Seyfried.

Die Sozialdemokratie und die Reichsregierung

Noch keine Entscheidung

Da der Reichskanzler, wie gemeldet, bettlägerig ist — er leidet an einer Herzaffektion — mußte der für Donnerstag vormittag angeordnete Kabinettsrat, der sich mit wichtigen Aufträgen in Zusammenhang mit den Verhandlungen der Industriellen mit den Franzosen beschäftigen sollte, abgefragt werden. Infolge der Erkrankung des Kanzlers ist auch die Entscheidung über die innerpolitische Krise vertagt worden.

Auch am Donnerstagabend war der Kanzler, als die Sozialdemokraten Hermann Müller, Wels und Breitscheid von neuem bei ihm erschienen, nicht in der Lage, ihnen einen Bescheid über die Stellung des Kabinetts zu den Forderungen der sozialdemokratischen Entlohnung zu geben, da die Regierung selbst noch nicht dazu gekommen war, sich damit zu beschäftigen. Die Reichsregierung ist zwar Donnerstag nachmittags in der Reichskanzlei zusammengetreten, hat sich aber ausschließlich mit Fragen beschäftigt, die der neue Markkurs aufgeworfen hat; die Beratungen des Kabinetts darüber dauerten bis in die späten Nachtstunden an. Dr. Stresemann hatte am Donnerstag die sozialdemokratischen Führer mitgeteilt, daß die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder den Wunsch geäußert hätten, vor der Entscheidung des Kabinetts über die sozialdemokratischen Forderungen mit ihren Fraktionen Rücksprache zu nehmen. Dies wird heute vormittag geschehen, und im Anschluß daran wird das Kabinett von neuem zusammentreten, um sich über die sozialdemokratischen Forderungen schlüssig zu machen. Man hat in Aussicht genommen, daß die sozialdemokratischen Führer heute um 2 Uhr zum Kanzler kommen, um von ihm die Stellungnahme des Kabinetts zu erfahren. Um 2.30 Uhr wird die sozialdemokratische Fraktion von neuem zusammentreten.

Eine Erleichterung in der Situation ist bis jetzt nicht festzustellen. Im Gegenteil, man begegnet auf sozialdemokratischer Seite immer mehr der Auffassung, daß der Weiterbestand der gegenwärtigen Koalition kaum mehr möglich sei. Sehr unvorteilhaft hat in dieser Richtung die aus Dresden übermittelte Nachricht gewirkt, daß die dortige volksparteiliche Landtagsfraktion kurz vor dem Zusammenritt der Landtagsfraktion, in der sich das neue Ministerium vorstellen wollte, von den Sozialdemokraten in ultimativer Form die Bildung eines Kabinetts der Großen Koalition verlangt und im Weigerungsfalle die Stellung eines Antrags auf Auflösung des Landtags angekündigt habe.

Rückkehr zur Verfassung in Sachsen

Am Donnerstagabend wurde der neue sächsische Ministerpräsident Felsch im sächsischen Landtag vereidigt. Die Verordnung der Reichsregierung wurde aufgehoben und die Funktionen des Reichskommissars Heinke sind damit erloschen.

Die auf Donnerstagabend 8 Uhr anberaumte Sitzung des sächsischen Landtags begann mit großer Verspätung, da über die Zusammensetzung des Kabinetts noch ernste Meinungsverschiedenheiten zu erlebigen waren. Die Beratungen hatten zur Folge, daß an Stelle des Arbeitsministers Graupe der gemäßigtere Sozialist Eisner in das Kabinett eintritt.

Eine Eröffnung der Sitzung brachten die Deutschnationalen einen Antrag auf Vertagung der Vereidigung des Ministerpräsidenten Felsch ein. Sie haben beim Staatsgerichtshof eine Klage gegen die Gültigkeit der Wahl zum letzten Dienstag eingereicht, da Felsch nur mit der Hälfte der Abgeordnetenstimmen gewählt wurde, also keine Mehrheit besaß. Die Deutsche Volkspartei beantragte Vertagung der Vereidigung auf nächsten Dienstag. Sie hält die 48 Stimmen ebenfalls nicht für genügend. Der eigentliche Grund dieser Faktion ist jedoch die Rücksicht auf die Krise der Großen Koalition in Berlin, von der eine Rückwirkung auf die Stellung der Deutschen Volkspartei in Sachsen erwartet wird. Die Demokraten bekämpften beide Anträge, die dann auch vom Hause abgelehnt wurden. Die Deutschnationalen verließen hierauf den Saal, den die Kommunisten schon vorher nach einer Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie verlassen hatten.

Darauf nahm der Landtagspräsident die Vereidigung des Ministerpräsidenten Felsch vor und vertagt die Sitzung auf kurze Zeit für die formelle Bildung des Kabinetts und die Vereidigung der Minister durch den Ministerpräsidenten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab der Ministerpräsident Felsch die folgende Erklärung ab: „Nachdem ich meinen Eid geleistet und damit mein Amt als Ministerpräsident angetreten habe, habe ich zu weiteren Mitgliedern der neuen Regierung des Freistaates Sachsen die folgenden Herren berufen: Herr Minister Diekmann als stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister des Innern, Herr Minister Sell als Finanzminister, Herr Minister Meißner als Minister für Volksbildung, Herr Minister Neu als Justizminister, Herr Gewerkschaftssekretär Eisner als Arbeitsminister.“

Über die Neubestellung des Wirtschaftsministeriums sind die Beratungen noch nicht zum Abschluß gekommen. Ich werde deshalb vorübergehend die Leitung des Ressorts selbst übernehmen.“

Nach dieser Erklärung des Ministerpräsidenten wurde das Haus auf Dienstag vertagt.

Politische Meinigkeiten

Frankreichs Antwort auf den englischen Protest

Wie gemeldet, haben die englischen Botschafter in Paris und Brüssel und der englische Vertreter in der Rheinlandskommission, Lord Bismarck, im Auftrage des englischen Kabinetts gegen jeden Versuch, Deutschland durch die Unterzeichnung der separatistischen Bewegung aufzuteilen oder zu zerschneiden, protestiert. Die englischen Delegierten hatten den Auftrag, ihren Protest damit zu begründen, daß jede Förderung des Separatismus einen Bruch des Versailler Vertrages darstelle, da einzelne unabhängige Provinzen des Reichs nicht für die Gesamtverpflichtungen des Reichs haftbar gemacht werden können. Frankreich wurde von englischer Seite darauf hingewiesen, daß jede Zerstückelung Deutschlands geeignet sei, Deutschlands Fähigkeit, Reparationen zu leisten, herabzusetzen. Aus diesem Grunde sei die englische Regierung nicht in der Lage, die separatistische Bewegung im Rheinland mit Gleichgültigkeit zu betrachten.

Die französische Regierung hat die englische Forderung mit folgender Erklärung beantwortet: Frankreich hält sich nicht für berechtigt, in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen oder dem Wunsch der rheinischen Bevölkerung entgegenzutreten, der offenbar darauf gerichtet ist, innerhalb des Reiches einen autonomen Staat zu errichten.“

Mit solchen Redensarten sieht die durch Frankreich und Belgien offen betriebene Unterzeichnung der Separatisten in vollem Widerspruch.

Wie der „Rammheimer Generalanzeiger“ aus Ludwigshafen meldet, wurde dort eine etwa 80 Mann starke deutsche Abteilung aus verschiedenen Berufsständen, die das Rathaus bewachte, um es gegen die Separatisten zu schützen, heute nacht von einer französischen Truppenabteilung umzingelt, verhaftet und abtransportiert. Damit ist das Stadthaus einer Besetzung durch die Separatisten preisgegeben. Gleichzeitig wurden durch französische Gendarmen etwa 40 im Kreisamt Ludwigshafen befindliche Beamte verhaftet, allerdings im Laufe der Nacht wieder freigelassen.

In Mainz wurden etwa 150 Arbeiter und Erwerbslose, die der Stadtbewachung seitens der Gewerkschaften zum Schutze der Notenpresse in der betreffenden Druckerei zur Verfügung gestellt worden waren, um weiteren räuberischen Abzügen der Separatisten vorzubeugen, angeblich wegen Abtreifung der französischen Verbordungen (Aubespionage) von französischen Kriminalbeamten und Soldaten nach schwersten Mißhandlungen nach dem Gerichtsgefängnis gebracht. Drei Beamte des „Mainzer Tagesanzeigers“ und des B.Z.V., die um diese Zeit Nachtdienst verrichteten, wurden gleichfalls unter schwersten Mißhandlungen ins Gefängnis gebracht. Sie sind mit zwei Polizeibeamten nach ein- bis zweitägiger Haft auf Reklamation wieder entlassen worden.

Einen neuen Beweis für die Unterstützung der Separatisten durch die Besatzungsbehörden bildet die Tatsache, daß die Separatisten in ihrem Hauptquartier in der Duisburger Turnhalle von der besatzungsbehördlichen Verhaftung verschont wurden. Das Essen wird warm in großen Kesseln zur Turnhalle transportiert.

Wieder eine Poincarérede

In Nevers (franz. Dep. Nièvre) hielt am Donnerstag Poincaré aus Anlaß der Enthüllung eines Kriegerdenkmal wieder eine Rede. Er sprach zunächst wieder die alte Dinge aus, daß Deutschland sich selbst zahlungsunfähig mache. Lange bevor man nach dem Ruhrgebiet gegangen sei, habe Deutschland systematisch seinen Ruin organisiert. Er sei hauptsächlich weiter, daß Deutschland den Geist der Rebände und des Hasses gegen Frankreich in seinen Schulen verbreite, und daß die Reichswehr und die Schupo in Deutschland eine unabhängige furchtbare Macht darstelle. „Wir haben uns bereit erklärt“, so fuhr Poincaré fort, „daß die Reparationskommission die derzeitige deutsche Zahlungsfähigkeit und auch die künftige für eine kurze Zeitperiode prüft und daß sie die neuen Zahlungsmodalitäten festsetzt. Aber wir fordern, daß man von der Reparationskommission keine Revision ihrer Beschlüsse über die Höhe der Reparationsschulden und keine Festlegung auf unbestimmte Zeit verlangt.“

Die Reparationslieferungen der Ruhr

Die in den letzten Tagen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der Interalliierten Ingenieurkommission, über die Wiederaufnahme der Produktion im Ruhrgebiet geführten Verhandlungen haben, wie verlautet, nunmehr zu einem Ergebnis geführt. Die Rechnungen sollen nach den Abmachungen 16 bis 18 Prozent ihrer Kohlenförderung als Reparationslieferung bereitstellen ausschließlich für die Italien bestimmten Lieferungen. Solche Rechnungen, die die Jahresförderung von 1921 wieder erreichen, brauchen nicht mehr als 16 Prozent abzuführen. Weiter hat man sich darauf geeinigt, daß eine Kohlensteuer von 10 Francs pro Tonne geleistet werden soll, die in wertbeständigem deutschen Geld bezahlt werden muß. Die von den Franzosen verlangte Entrichtung der seit dem 10. Januar 1923 rückständigen Kohlensteuer soll durch eine Pauschalsumme von 15 Millionen Dollar abgelöst werden, von denen 10 Millionen sofort zahlbar sein sollen. Die Franzosen haben also ihre ursprüngliche Forderung um vier Fünftel ermäßigt. Diejenigen Rechnungen, die die erforderlichen Beiträge nicht aufbringen können, sollen das Recht haben, die Kohlensteuer durch Kohlenlieferungen abzutragen. Die interalliierte Ingenieurkommission hat dafür den Rechnungen garantiert, daß sie in der Förderung und im freien Absatz ungehindert bleiben sollen.

Keine Kampfgemeinschaft der Deutschen Beamtenschaft

Verschiedene Blätter haben gemeldet, daß eine Kampfgemeinschaft der deutschen Beamtenschaft gegen die Abbaubereitungen der Reichsregierung begründet worden sei. Wie aus Berlin gemeldet wird, sind weitere Besprechungen, die am Donnerstag zwischen dem Gewerkschaftsring, dem Deutschen Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund stattfanden, vertagt worden. Die Differenzen, die zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund bisher schon in der gewerkschaftlichen Einstellung bestanden, haben sich im Laufe der weiteren Aussprache noch verschärft. Der Gewerkschaftsring und der Deutsche Beamtenbund lehnten eine Urabstimmung innerhalb der ihnen angeschlossenen Verbände, die von den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes grundsätzlich gefordert wurde, ab. Damit ist die von dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund erzielte Kampfgemeinschaft der deutschen Beamtenschaft als gescheitert anzusehen.

Verhandlungen über die Goldmark-Löhne

Im Reichsarbeitsministerium wurde am 31. Oktober die Frage des Überganges zur Berechnung des Lohnes in Goldmark mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingehend durchgesprochen. Es ergab sich in einer Reihe von Fragen eine Übereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen, wenn es auch nicht gelang, eine volle Einigung zu erzielen. Eine Fortsetzung der Besprechungen ist in Aus-

genommen. Der Reichsarbeitsminister selbst ist der Ansicht, daß an die Frage der Umstellung der Löhne in Gold, die für das Gelingen der Währungsreform von größter Bedeutung ist, von allen Beteiligten mit äußerster Sorgfalt und Sachlichkeit heranzutreten werden muß. Wenn gleich nicht mehr bestimmt werden kann, daß auch auf dem Gebiete der Löhneberechnung ein Übergang zur Goldberechnung grundsätzlich berechtigt ist, so muß doch der Zeitpunkt der Einführung unter Berücksichtigung der besonderen Lage der einzelnen Industrie- und Gewerbezweige vorläufig gewährt werden. Die Höhe der Goldlöhne kann nach dem Aufstufungsprinzip ermittelt werden, sie ist vielmehr unter genauer Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse im Einzelfalle sorgfältig zu prüfen. Bei dem derzeitigen Stande der Gütermengen und Güterzeugung werden die Friedenslöhne nicht erreicht werden können. Mit der Beräumung unserer Wirtschaft, auf die sich das gesamte Volk einstellen muß, werden auch die Arbeiter rechnen müssen. Einen wertvollen Anhalt bei der Bestimmung der Lohnhöhe werden zentrale Vereinbarungen der großen Berufsgruppen geben, die aber selbstverständlich nicht schematisch angewandt werden dürfen. Daß die Auszahlung der Löhne in werbefähigen Zahlungsmitteln nur noch und zwar gemessen an der Zunahme dieser Zahlungsmittel im Verkehr, erfolgen kann, darauf wies der Reichsarbeitsminister schon früher hin.

Die schwebende Schuld des Reiches. In der Zeit vom 11. bis 20. Oktober hat die schwebende Schuld des Reiches um 318,7 Milliarden Mark zugenommen und damit die Höhe von 407,8 Milliarden erreicht. Aus Steuern, Zöllen und Gebühren gingen in der Berichtsdauer 2,46 Milliarden Mark ein, auf das Konto fundierte Schuld (Goldanleihe) 2,96 Milliarden Mark. Unter den Auszahlungen der Reichsbauplanke ist der größte Posten die Anforderung der allgemeinen Reichsverwaltung mit 194,5 Milliarden Mark. Zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages wurden 1,24 Milliarden Mark beantragt, für Schuldzinsen 18,7 Milliarden Mark. Die Betriebsverwaltungen beanspruchten zur Abdeckung ihres Defizits 109,7 Milliarden Mark, darunter die Reichsbahn allein 108,2 Milliarden. Von den Gesamtausgaben, die in der Berichtsdauer 294,1 Milliarden Mark erforderten, wurde durch direkte Einnahmen (Steuern, Zölle, und Gebühren) ungefähr der 130. Teil gedeckt, also etwa 2 Prozent. Rechnet man die Einnahmen aus Goldanleihe hinzu, so beträgt das Deckungsverhältnis etwa ein Sechstel, also 1,67 Prozent.

Die militärische Kontrolle Deutschlands. Die Vorkonferenz hat, wie aus Paris gemeldet wird, beschlossen, an Deutschland erneut die Aufforderung zu richten, die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Interalliierten Militärüberwachungskommission zu schaffen. In Aussicht genommen wurde fernerhin eine Erhöhung der diesjährigen Bezüge der Kontrollkommission angehörender Offiziere, deren Besoldung angeblich zu niedrig sei im Vergleich zu der in Deutschland inzwischen eingetragenen Teuerung.

Kurze Nachrichten

Erhöhung der Mehzzölle. Auf Grund von am Donnerstag im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter abgehaltenen Verhandlungen wurde die Lohnmehrzahl für die Arbeiter für die laufende Woche auf 20 Millionen und die Mehzzahl für die Beamtenbezüge auf 4062 für das erste Monatsviertel festgesetzt.

Ablehnung des Arbeitszeitgesetzes durch den Afa-Bund. Der Vorstand des Afa-Bundes hat in einer Kundgebung das Arbeitszeitgesetz abgelehnt und beschlossen, dem Afa-Ausschuß den sofortigen Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft vorzuschlagen.

Dienstleistungs Hoffmanns. Das bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus gibt die Dienstleistungs des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmanns bekannt, da er den Versuch gemacht habe, die Wala mit französischer Hilfe von Bayern loszureißen. Hoffmann war schon im Jahre 1908 aus dem öffentlichen Volksschuldendienst ausgeschieden und erit im Jahre 1920 auf sein Ansuchen wieder in diesen aufgenommen worden.

Lubendorffs und Hitters Staatsangehörigkeit. Aus München wird berichtet, daß die Meldungen, wonach Lubendorff

und Hitter die bayerische Staatsangehörigkeit erworben hätten, unzutreffend seien. Französische Reichsanleihen. Eine französische Veröffentlichung besagt, wie aus Mainz gemeldet wird, daß vom 1. November ab die Eisenbahnrechte Banknoten im Werte von fünf Centimes bis zu 10 Franken auszugeben werden. Die deutschen Banken könnten — nach der Veröffentlichung — die Noten auch in den Verkehr bringen.

Der Kampf gegen das Deutschtum in Südtirol. Die deutsche Sprache wird im Monat Februar aus dem Amtsbereich des Bozener Bezirks verdrängt, indem nach Verordnung der Präfektur von Trient alle öffentlichen oder unter öffentlichen Aufsicht stehenden Ämter oder Anstalten nur noch die italienische Amtssprache anzuwenden dürfen.

Im österreichischen Nationalrat zählten die Christlichsozialen 88 Mandate von 165, das ist die knappe Mehrheit.

Die Staatsform Griechenlands. In Athen beschloß sich ein Ministerium mit der Frage einer eventuellen Änderung der Regierungsform. Die Zeitungen hatten in letzter Zeit offen die Frage diskutiert, ob eine Republik proklamiert werden solle. Der Minister hat am jedoch zu dem Schluß, daß eine Änderung nicht stattfinden solle.

Badische Uebersicht

Schlüsselzahlen

Bad. Einzelhandel: 32,5 (Vorjahr 18 Milliarden). **Karlsruher Teuerungszahl** (mit Velleidung): Stichtag 29. Oktober: 13 923 019 035,74 (Vorwoche 4 625 807 768). **Badische Landesindexziffer** (mit Velleidung): Stichtag: 29. Oktober: 14 623 837 055,57 (Vorjahr 4 836 805 834). **Badische Landesindexziffer** (ohne Velleidung): Stichtag 29. Oktober: 12 688 232 043,42 (Vorwoche 3 862 611 504). **Reichsindexziffer:** Stichtag: 29. Oktober 13 671 Mill. (Vorwoche 3045 Mill.). **Großhandelsindexziffer:** Stichtag: 30. Oktober: 18 700 Mill. (Vorwoche 14 600 Mill.). **Goldumrechnungssatz für die Reichssteuer:** 17 Milliarden. **Goldmark:** 31 029 000 000.

Das Hintergartener Torfwert

In Nr. 402 der „Süddeutschen Zeitung“ vom 30. Oktober wird in einer Zuschrift angeblich aus dem Gallental bei Freiburg eine Darstellung über den Entwicklungsgang dieses Torfunternehmens gegeben und eine Kritik vorgebracht. Es sei in einem gemischt-wirtschaftlichen Betrieb umgewandelt worden, wobei der badische Staat die Hälfte der Anteile übernommen habe. In neuerer Zeit hätte es aber „ein Karlsruher Sohn des ausermittelten Volkes“ fertig gebracht, über die Hälfte der Aktien im Betrag von 12 Milliarden Mark an sich zu bringen. Dabei mache er ein glänzendes Geschäft, denn das vorhandene Material repräsentiere einen weit höheren Wert. Der badische Staat sei ausgereicht oder habe sich aus-schließen lassen. Die Verantwortung hierfür trage der Arbeitsminister Dr. Engler.

Soweit die „Süddeutsche Zeitung“. Von ausländischer Seite wird uns nun hierzu gemeldet:

Es ist richtig, daß für das Hintergartener Torfwert im Jahre 1919 eine G. m. b. H. gegründet wurde. Die Gesellschafter waren der badische Staat und eine Anzahl Gemeinden; die Gesellschaft nahm die beiden Moore in Hintergarten und Kalkbrunn (Amt Konstanz) in Betrieb. Im Jahre 1920 wurde an beiden Stellen ein mit allen technischen Neuheiten ausgestatteter Betrieb eingerichtet. Im Frühjahr 1921 fehlte es jedoch der Gesellschaft an dem für den Sommerbetrieb notwendigen Betriebskapital. Auf Antrag des Arbeitsministers Dr. Engler hat damals der Landtag für ein Jahr ein Darlehen mit der ausdrücklichen Bedingung bewilligt, daß der Betrieb, wenn er sich nicht selber halten könne, abgebaut werden müsse. Nun war zwar der Sommer 1921 für den Betrieb sehr günstig, trotzdem zeigte es sich, daß besonders in Hintergarten die Gefestungskosten so hoch waren, daß der Torf mit der Kohle nicht konkurrenzfähig konnte. Die gleichen Ergebnisse haben auch andere Torfwerte gehabt, aber mit der fortschreitenden Geld-

entwertung liegen auch die Torfpreise und so konnte die Gesellschaft ihre sämtlichen Verpflichtungen erledigen. Im vollen Einverständnis mit dem badischen Landtag beschloß sie den Verkauf. Da sich für den Verkauf der ganzen Betriebe keine Käufer fanden, wurden die Maschinen, das Bogenmaterial, die Schienen usw. einzeln verkauft und die Gesellschaft trat in Liquidation. Sie hat also mit dem, was jetzt in Hintergarten geschieht, nichts mehr zu tun. Eine Firma „Germania“ G. m. b. H. übernahm einen kleinen Rest der Einrichtung und trat in die Pachtverträge mit den Bodeneigentümern ein. Im Jahre 1922 kam die neue Gesellschaft nicht mehr zur Produktion, in diesem Jahre ebenfalls nicht, weil ihr die zum Betrieb gehörigen Gebäulichkeiten und andere Einrichtungen durch Brand zerstört wurden. Die Tagespresse meldet ferner, daß die künftige Generalversammlung dieser Gesellschaft gleichwohl die Fortführung des Betriebes als reines Torfwert und die Erhöhung des Aktienkapitals um 75 auf 150 Millionen Mark beschloßen habe. Wenn dieser Gesellschaft wirklich ein Israelit beigetreten ist, so hat der badische Staat und der Arbeitsminister Dr. Engler damit nichts zu tun; Landtag und die Gesellschafter waren am Schluß des Jahres 1921 froh, daß sie ohne Schaden aus der Angelegenheit herausgekommen sind. Das noch vorhandene Gesellschaftsvermögen ist wertbeständig angelegt und damit das Gesellschaftskapital bis zur Beendigung der Liquidation sichergestellt. Ausdrücklich soll hervor-gelassen werden, daß der Haushaltsausschuß des Landtags und die Gesellschafter alle entscheidenden Schritte einstimmig ge-billigt haben.

Darum sind die von der Süddeutschen Zeitung erhobenen Vorwürfe völlig gegenstandslos.

„Zur Regierungsaktion in Lahr“

Unter dieser Überschrift bringt die in Mannheim erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 31. Oktober eine Notiz, in welcher u. a. behauptet wird, daß bei den jüngsten Verhaftungen von Kommunisten in Lahr die 4 Kinder der Frau Unger, der bekannten kommunistischen Landtagsabgeordneten, von der Sapo grün und blau misshandelt worden seien, weil sie ihre Eltern nicht verraten hätten.

Dieser Vorwurf ist in dieser Behauptung ist kein wahres Wort, sie entbehrt jeglicher Grundlage. Die Arbeiter-Zeitung wird sich deswegen an Gerichtsstelle zu verantworten haben.

Zur Lage der Ausgewiesenen

Wegen eine allgemeine Aufhebung der Ausweisungen verhalten sich (wie bekannt) die Franzosen und Belgier ablehnend. Die Ausgewiesenen befinden sich deshalb in qualvoller Un-gewissheit darüber, ob und wann sie in ihre Heimat zurückkehren können. Die meisten von ihnen dürften seinerzeit ihre Möbel nicht mitnehmen; sie wurden in der Hauptsache in Werk-stätten, Wohnungen untergebracht. Mit Rücksicht auf die ungewisse Jahreszeit müssen ihnen aber nunmehr Dauerwohnungen zu-gewiesen werden. In der Hoffnung, daß die Rückkehr bald mög-lich sein werde, haben sich die Leute auch keine Wintervorräte an Brennstoffen oder Lebensmitteln (Kartoffeln) beschafft; auch dazu sind sie nunmehr gezwungen. Die beteiligten Re-gierungs- und Gemeindefunktionen werden angegangen, die Aus-gewiesenen in den erwarteten Richtungen zu unterstützen; aber auch die Bevölkerung müßte ihnen soweit nur möglich beihilflich sein. Neue mißlichen Verhältnisse der Ausgewiesenen werden nun infolge der bekannten Abrennungsbereitungen in den besetzten Gebieten noch vergrößert, indem die Ausgewie-senen hierfür gewissermaßen mitverantwortlich gemacht werden. Die Ausgewiesenen sind aber an den Loslösungsarbeiten natürlich vollkommen unbeteiligt; können hievon etwa Vor-würfe zu machen oder gar es sie entgelten zu lassen, wäre gänzlich unbegründet und ungerecht, im Gegenteil bedürfen und verdienen sie nach wie vor möglichste Unterstützung.

Eine sensationelle Fallmeldung

hat dieser Tage die schweizerische „Zürcher Post“ gebracht; das Blatt, dem die Ente anscheinend selbst etwas zu fett vor-kommt, schreibt:

Kleinhaus-Typen

Das Problem des Kleinhauses hat nicht nur die dazu berufenen Architekten, sondern auch die Baubeamten in überaus hohem Maße in Anspruch genommen. Von Seiten der Bauverwaltung sind angelegentlichsten Veranlassungen worden, die Typen und Typen zu entwickeln, die zwar angeblich nur als Grundvorlage für die Weiterentwicklung in der Hand des Architekten gedacht sein sollen, tatsächlich aber einfach zur Schablone und Vorlage für jeden Bauhandwerker werden. Dadurch wurde im Kleinhausbau aller individuellen Wohnhausgebrauch, wie er in verschiedenen Gegenden stark ausgeprägt ist, unberücksichtigt gelassen und die Wohnungsjuden müssen sich der amtlich gestempelten Wohnhauschablone mehr oder weniger anpassen. Im Verlage des Industrieverlags- und Buch-druckerei-Gesellschaft in Stuttgart kam soeben ein neues Buch: Typenpläne für Kleinwohnungen, im Auftrage der Württembergischen Bauverwaltung von H. Döder, das die Vorzüge eines soliden Baues durch Ausschließen der Baugrundgedanken sehr gut erfüllt, aber gleichzeitig nicht frei ist von den Mängeln, die alles Schablonieren vom grünen Tisch herab mit sich bringt. Das braucht kein so empfindlicher Mangel zu sein, wenn tatsächlich nur grundlegende Verhältnisse dem Architekten an die Hand gegeben werden sollen. Sobald aber einfach diese Typenpläne von Nichtarchitekten oder Bauhandwerkern einfach nachgebaut werden, ist eben der falsche Weg eingeschlagen. Es liegt dazu die Möglichkeit um-fomehr vor, als die Darstellung der Typen außerordentlich übersichtlich, ausführlich und klar ist, die auch die Aufmachung des Buches geradezu musterhaft genannt werden muß und der Preis erstaunlich niedrig ist.

Wie wohl überall bei den Veröffentlichungen solcher artlichen Stellen ist viel zu viel Gewicht auf die Himmelsrichtung gelegt. Wenn man bedenkt, daß in einer selbst kleinen Stadt etwa doch höchstens ein Fünftel der Bevölkerung in solche Siedlungsbauten kommt — in einer Stadt wie Karlsruhe ist der Prozentfuß überhaupt verschwindend gering —, so ist es doch übertrieben, diesen wenigen Prozenten von Häusern ein so hoch übertrieben, diesen wenigen Prozenten von Häusern unbedingt zuerst die Südlage zu sichern! Umso übertriebenener erscheint dies, wenn man bedenkt, daß alle diese Häuser Gärten haben, die Kinder also bei Sonnenschein meist im Freien sind. So lange die Sonne nicht scheint, nützt ja auch die Südlage nichts.

Döder hat aber nun recht gute Vorschläge in seinem Buche, in welcher Weise man bei Ost-Bestimmung der Bauten die Grundrisse günstig gestalten kann.

Aber ein grundlegender Fehler scheint mir den meisten Plänen anzuhängen: Die zu geringe Höhe und winzige Ausgestaltung der Küchen. Im Kleinkhaus ist die Küche der wichtigste Raum. 9 Quadratmeter sind zu wenig, wenn 3 Türen und 1 Fenster fast alle Wandfläche wegnehmen oder 2. W. der Herd zwischen zwei Türen liegt. Wo soll sich dann die Hausfrau hinstellen usw.? Auch die Lage des Herdes an der Fenstergegend ist unrichtig, vor allem aber, daß der Herd nicht immer am Kamin liegt. Da ruhet man von Wärmewirtschaft und Kohlenersparnis und vergißt die erste Forderung: Der Herd muß am Kamin stehen, da sonst bei den niedrigen Häusern das Kamin nicht zieht und damit die Küchenofen, die den größten Brennstoffaufwand im Hause erfordert, nicht ausgenutzt wird.

Eine weitere Erscheinung, die leider auch noch in den meisten Siedlungsplänen, ist der mit massiver Brüstung versehen, loggiaartige Küchenbalkon, auf den Abort- und Speicherkammerfenster münden. Es ist dies zusammen wohl das unhygienischste, was man sich denken kann. Die Brüstung verhindert ein richtiges Trocken des Balkonbodens an dem wie überall Schmutzwinkel entstehen usw. Die Loggia umhüllt entweder eine offene Sitterbrüstung haben oder wird besser und überhaupt als Balkon vorgetragen.

Wermutswort ist die Feststellung von Döder, daß der kleinste Hausstyp, also gerade das Einfamilienhaus, auch das unwirtschaftlichste ist. Nachdem wir den im Revolutionsmahn geborenen Achtstundentag u. a. endlich abgeschafft haben, ist es auch an der Zeit, von der ungeheuren Propagierung des Einfamilienhauses in unserer Zeit des Sparsinnens, abzugehen. Erfreulicherweise hört man in neuerer Zeit immer mehr daß wir damit zu teuer bauen und nicht weiter kommen.

Gerade für Meß- und Werkhaus bietet Döder viele wertvolle Anregungen, wenn auch beim Ersten die Speisekammer fehlt, ein heute absolut unumgänglicher Standpunkt. In der Hand verständiger Kaufleute sind Döders Typenpläne sehr wertvoll und von diesem Gesichtspunkt aus ist diese Neuerfindung sehr zu begrüßen.

Dr. Ing. R. Eisenlohr.

Die Zuschrift des Ortsverbandes Karlsruhe der Genossen-schaft deutscher Bühnengestaltung, mit der wir uns gestern hier an dieser Stelle beschäftigten, ist von den Karlsruher Vätern treuherzig abgedruckt worden, ohne daß man jenen Versuch einer Kritik von Seiten der Kritiker, wie er hier zweifellos vorlag, in einem eigenen Kommentar zurück-gewiesen hätte. Außer uns ist es lediglich der „Volk's-

freund“ (h. w.), der selbständig zu der Zuschrift Stellung nimmt und damit wenigstens für seinen Teil die Würde der Presse wahrt. Er tut das mit folgenden Zeilen: „So sehr wir es begrüßen, daß die Mitglieder des Landes-theaters einmal Gelegenheit nehmen, der Öffentlichkeit ein Bild ihrer wirklichen Lage zu geben, so sehr möchten wir uns aber da-gegen wenden, daß wieder die Presse das Kar-nickel sein soll, das diesen Schritt veranlaßt; wobei wir jedoch von vornherein bemerken möchten, daß wir uns nicht im geringsten durch die Auslassungen der Künstler und Künstlerinnen getroffen fühlen. Aber es scheint nun da hinten am Schloßplatz — im Theater und auch weiter gegen den Firkel zu — Brand zu werden, die Preise als den Brüggenabern zu betrachten für die Brägel, die man eigentlich selber verdient. Wir glauben auch, daß die Herrschaften vom Theater mit ihrer Rundgebung gewissen Leuten einen Dienst — sicher unbewußt — erweisen, der solche Dienstleistungen keineswegs gerade von dieser Seite her verdienen. Uns sagen die Schilderungen über die Lage der Theater-Angestellten ja nichts neues, wir kennen die Verhältnisse, und was an uns liegt, wird alles getan werden, um die soziale Lage der Künstler und Künstlerinnen bessern zu helfen. Wenn die Presse kritisiert, so tut sie es doch nur deshalb, um zu veranlassen, daß das, was nicht gut oder schlecht war, besser wird; sie will doch mit der Kritik dem Theater helfen. Und wenn all die Mißstände bekönnen sind, die am Theater vorhanden sind — und die doch heftigst niemand vom Personal den Mut haben wird, zu bekämpfen —, dann werden auch die Leistungen besser — und damit hebt sich auch wieder die finanzielle Grundlage des Landes-theaters, wovon das Personal wiederum seinen Nutzen hat. Wenn man aber erste Künstler von hier fortzieht, wenn man erste Künstlerinnen — wie z. B. Frau v. Ernst — 4 Wochen lang spazieren gehen läßt, ohne sie ein einziges Mal auftreten zu lassen, weil irgend ein Verantwortlicher geruch, über die Künstlerin verstimmt zu sein, so sind das Mißstände, die geeignet sind, dem Landes-theater schwer zu schaden, und deshalb hat die Presse die Pflicht, dagegen Front zu machen. Weil ihr nämlich das Wohl und Wehe des Landes-theaters mindestens so sehr am Herzen liegt, wie es bei dem Personal der Fall ist. Wir werden uns auf jeden Fall auch durch die etwas sehr allgemein gehaltene Kritik des verehrlichen Solow-personals des Landes-theaters nicht abhalten lassen, auch fer-nertun gegenüber dem Landes-theater das zu sagen, was wir für nötig halten. h. w.“

Aus Konstanz geht uns folgende Meldung zu, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben:

In Karlsruhe fand am Dienstag eine ernste vertrauliche Beratung zwischen der badischen Regierung und den Landtagsabgeordneten statt, die bis in die späte Nacht hinein gedauert hat. Man ist sich darüber klar, daß die Auflösung der deutschen Reichseinheit nur noch eine Frage von wenigen Tagen sein kann. Dies insbesondere, seitdem man darüber Gewißheit zu haben glaubt, daß Württemberg sich Bayern anschließen wird. Da Hessen und Baden dies nicht mitzumachen gedenken, vielmehr sich dem Rheinbund anschließen werden, ist die Verkrümmung des einseitig so großen Reiches eine vollständige. Da man in wahren politischen Streifen und bei der Regierung selbst über diesen Ausgang nicht im Zweifel ist, hat die Regierung unter Zustimmung der Volksvertreter angeordnet, sofort badisches Papiergeld zu drucken, um wenigstens auf die ersten Tage der kritischen Übergangszeit keine Pendants befürchten zu können.

Dazu schreibt die „Konstanzer Zeitung“: Wenn wir nicht hier an der Grenze wären, wo vielen das Thurgauer Blatt zu Gesicht kommt, hätten wir von dieser Meldung kaum Notiz genommen, denn man sieht ihr die Unwahrscheinlichkeit von weitem an. Aber wir wissen aus Erfahrung, daß Katastrophen in der Regel Verbreitung finden und — leider — nur allzuoft als bare Münze genommen werden. Um aber noch ein Ubriges zu tun, setzen wir uns gestern sofort mit der zuständigen Regierungsstelle in Karlsruhe in Verbindung und sind auf Grund der erhaltenen Auskunft in der Lage, festzustellen:

1. Eine solche vertrauliche Sitzung zwischen Regierung einerseits und den Landtagsabgeordneten hat am Dienstag nicht stattgefunden. Die in der Meldung behaupteten Beschlüsse und Anordnungen können also gar nicht gefaßt worden sein. Die badische Regierung wird selbstverständlich niemals die Hand zu Bestrebungen bieten, die auf die Auflösung der Reichseinheit hinarbeiten, sie wird im Gegenteil allen dahinszielenden Madenschaften mit Entschiedenheit entgegenreten. Im übrigen sei auf die Erklärungen hingewiesen, die die Landesvertreter am Mittwoch in Berlin einstimmig (also mit Einschluß des badischen Staatspräsidenten Kemmle) zum Ausdruck brachten.

2. Die badische Bank hat stets als Notenbank Papiergeld gedruckt; dies geschieht auch jetzt und ist nichts Außergewöhnliches.

Es ist tief bedauerlich und bemerklich, daß solche Meldungen im eigenen Lande fabriziert und in die Auslandspresse lanziert werden. Ist sich dieser Konstanzer Schreiber nicht bewußt, daß Handlungen, wie die seine, dazu beitragen, nicht nur die deutsche Mark, sondern auch unsern moralischen Kurs im Ausland zu drücken? Vielleicht aber will er dies, damit das Frankenhonorar für seine aus den Fingern gegangenen Sensationsente, gemessen am deutschen Gelde, einen umso höheren Wert darstellt!

Verkehrsnöte am Bodensee

Die Handelskammer für den Kreis Konstanz hat an die Reichsbahndirektion Karlsruhe eine Eingabe gerichtet, in der sie auf die großen Schädigungen durch die geplante weitere Einschränkung des Schiffsverkehrs auf dem Bodensee hinweist. Es heißt in dieser Eingabe, daß ganze Gegenden von ihren Zufuhrgebieten abgeschnitten würden. Besonders die Bewohner der Amtsbezirke Überlingen und vom Deggenhauser und Salmer-Tal, die bisher eine lebhafteste Beziehung zu Konstanz unterhielten, würden vollständig von der Kreisbahnpflicht abgeschnitten, und dieser Teil von Baden würde immer mehr nach dem württembergischen Baden abgedrängt.

Aus der Zentrumspartei der Stadt Konstanz heraus ist eine ähnliche Bewegung im Gange. Führende Persönlichkeiten haben sich in einer Eingabe an die badische Staatsregierung gemeldet und in dieser Eingabe auf die durch den Krieg entstandenen schwierigen Verhältnisse der Grenzstadt Konstanz hingewiesen. Es heißt darin, daß die Stadt Konstanz von ihrem natürlichen Hinterland, dem Thurgau, aus dem sie Milch, Elektrizität und andere Dinge bezogen hatte, vollständig abgeschnitten ist. In ähnlicher Weise wie die Handelskammer betont auch die Eingabe der Zentrumspartei, daß die Gebiete jenseits des Überlinger- und des Oberseees wirtschaftlich immer mehr zu Württemberg abgedrängt werden. Infolgedessen drohen hier und im ganzen Reich wohl einzigermaßen Notlage, heißt es in der Eingabe, ist sowohl die Lebensmittel-, als auch die Brennstoffversorgung der Stadt Konstanz aufs äußerste gefährdet, wozu noch das ganze Währungsseilend, das sich wiederum hier an der Grenze noch besonders unangünstig auswirkt, geradezu in katastrophaler Weise beiträgt. Es werden bestimmte Vorschläge an die Regierung gemacht: Einführung der Rückfahrkarten Wiedereinführung des Verkehrs mit dem Untersee, Wiederherstellung des Grenzverkehrs mit der Schweiz wie in der Vorkriegszeit, Erleichterung der Devisenverordnungen im Grenzgebiet.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Nr. 69 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Notgesetz über die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden badischen Goldschatzweisungen. — Verordnungen und Bekanntmachungen: des Staatsministeriums über die Einrichtung der Kriminalpolizei nach der deutschen Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung; Steueraufwer-

tung und Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren (Landessteuerverfahrensverordnung); des Finanzministers und des Ministers des Innern: der Vollzug der Landessteuerverfahrensverordnung; des Finanzministers: Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923; des Ministers des Innern: der Vollzug der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Krankenversicherung; Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie Gebrauchsgegenständen; des Arbeitsministers: die Ausführung des Reichsrentengesetzes. Wegen Verleumdung des Reichspräsidenten hat das Schöffengericht Karlsruhe den Studenten Josef Burger aus Rippenheim zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte gegenüber einem Arbeiter die Bemerkung gemacht, der Reichspräsident Ebert stamme aus einem Hurenhaus.

Aus der Landeshauptstadt

Weitere Fortschreibungen. Am 5. November tritt ein neuer Posttarif in Kraft. Es werden u. a. Kosten (alles in Millionen Mark): Postarten im Fernverkehr 500, Briefe bis 20 Gram in im Fernverkehr 1000 Millionen Mark.

Wie trägt man zur „Winternothilfe“ bei? Industrie, Handel und Gewerbe durch Lieferung von Waren, die sich zur Abgabe an Notleidende eignen. Die Landwirtschaft durch Zurverfügungstellung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen jeder Art. Arbeiter, Angestellte und Beamte durch Geldspenden. Ausländer, dadurch, daß sie einige Dollar, Kronen, Gulden, Franken, Pfund Sterling, Lire usw. spenden. Altenehmer durch Ablieferung eines gewissen Prozentsatzes ihres Gewinnes, der bei den letzten riefigen Kursteigerungen erzielt wurde. Jeder aber durch Ergabe von Kleingeld oder Altmaterial, wie Lumpen, Papier, altes Eisen, Kupfer, Zinn, Zink, Messing, Blei, Flaschen, Korben, Rissen und Frauenhaare, bei den am 8. und 9. November stattfindenden Sammlungen, oder aber durch geschenkwise Überlassung von zum Verkauf geeigneten Gegenständen, wie z. B. Handarbeiten, Schmuck, Bücher, Zeitschriften, Noten, Musikinstrumente, Sammlungen jeder Art, wie Briefmarken, Schmetterlinge, Münzen, Steine usw. Sammlungen, für den in der ersten Dezemberwoche stattfindenden Winternothilfebasar. Für jeden also bietet die Winternothilfe Gelegenheit, nicht nur mitzuführen, sondern auch mitzugeben.

Landestheater. In „Aschenputtel“, dem neuen Märchenspiel von Robert Bürkner, das am Sonntag den 4. November, nachm. 2½ Uhr, hier zur Aufführung kommt, spielt Hans Raffke die Titelrolle. Neben ihr wirken in den übrigen Rollen die Damen Genter, Roeller, und Budzinski, sowie die Herren Bürkner, Brand, Müller, v. d. Trenn-Altrici und Welti. Die Regie führt der Verfasser. — Die Schlüsselzahl beträgt am 1. November 10 Milliarden, am 2., 3. und 4. November 12 Milliarden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	Kauf. Berliner Kurs v. 1. Nov.	Verkauf.
Amsterdam	—	—
Kopenhagen	52 870 000 000.—	52 130 000 000.—
Norwegen	22 943 000 000.—	23 067 000 000.—
Italien	6 005 000 000.—	6 085 000 000.—
London	596 600 000 000.—	601 500 000 000.—
Newyork	129 675 000 000.—	130 325 000 000.—
Paris	7 840 000 000.—	7 880 000 000.—
Schweiz	23 741 000 000.—	23 859 000 000.—
Brno	3 970 000 000.—	3 970 000 000.—

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Die Goldanleihe notierte Freitag vormittag in Frankfurt a. M. 500, in Berlin 400 Milliarden.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Wandelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Beste Kurs: (in Millionen Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca. 1 000 000
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca. 900 000
5% Rhein-Rain-Donau-Gold-Anleihe	ca. —
7% Redarwerke Goldanleihe	ca. —
5% Kreuzthaler Kali-Anleihe pro 100 kg	ca. —
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.	ca. —
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca. —
Dollarschatzweisungen des Deutschen Reichs	ca. —
Goldanleihe d. Deutschen Reichs	ca. 500 000
Ferner nennen wir noch die nicht mündelsichere	
5% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim	ca. 30 000

Vom Holzmarkt. Die Erwartung, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes der Verkehr am Holzmarkt in Schnitthölzern aller Art durch die Erschließung des Wiesens nach dem Aufhebung der Stodung nach wie vor stark. Nur mit pomerellischen Sägewerken wurden einige Abschlüsse mit Berliner und sächsischen Firmen getätigt. Am Bauholzmarkt ist das Geschäft in Stillstand geraten, da neue Unternehmungen kaum in Angriff genommen werden.

Formen der Goldzahlung. Die Goldrechnungsbüchlein des Reichsverbandes der Deutschen Industrie werden jetzt in einigen Punkten ergänzt und modifiziert. Danach hat die Zahlung grundsätzlich in Goldzahlungsnoten zu erfolgen (Goldgroschen, Goldscheide und Goldwechsel Devisen, soweit gesetzlich zulässig, Rentenmark, Dollarschatzweisungen, Goldanleihscheine und nach freier Vereinbarung ähnlicher Anleihscheine). Die Gutschrift soll nach den jeweiligen Beschüssen des Reichsverbandes der Industrie erfolgen. Diese teilweise Sonderregelung für die Gutschrift der beschriebenen Zahlungsmittel will man vornehmen, um nicht die gesamten Richtlinien öfters ändern zu müssen. Hinsichtlich der „Rentenmark“ wird zunächst bestimmt, daß sie zum Gold-Rentenmark angenommen wird. Weitere vorläufige Bestimmungen sind bei Devisenzahlung erfolgt Gutschrift grundsätzlich zu dem am Zahlungsabgangstage letztbekannten amtlichen Briefkurs der Berliner Börse. Bei Zahlungen in Dollar geschieht die Annahme zum Rentenwert. Bei Zahlungen in anderen als Dollar-Devisen kann nach freier Vereinbarung die Gutschrift gemäß der New-Yorker Notierung dieser Devisen erfolgen. Gutschrift von Dollarschatzweisungen, Goldanleihscheinen und ähnlichen Anleihscheinen erfolgt nach freier Vereinbarung zum Rentenwert oder dem am Zahlungsabgangstage letztbekannten amtlichen Einheitskurs der Berliner Börse, nicht mehr wie bisher zum Kurs nach dem Tage des Eingangs.

Aus deutschen Weingebieten. Das Ergebnis der Weinreife ist in diesem Herbst in allen Weinbaugebieten wenig zufriedenstellend. Im allgemeinen kann kaum mehr als ein Fünftel bis ein Sechstel-Ertrag heringeharbt werden und der Wert der einzubringenden Trauben deckt oft kaum die Kosten der Reife. In den Fällen, in denen Trauben verkauft werden, stellte sich in Rheinbessen der Preis für den Feintier Bortgüstertrauben auf 4 bis 4,5 Milliarden. In der Rheinpfalz wurden für 40 Liter Bortgüster-Raische anfanglich 2, dann bis 10 Milliarden und darüber bezahlt. Ältere Weine (1922er) kosteten 200 und 300 Milliarden je 1000 Liter, wobei natürlich zu beachten ist, daß die Preise immer schnell überholt sind. Jetzt ist man dazu übergegangen, Preise in Goldwährung zu verlangen, oder Abschlüsse im Tausch gegen Ware zu vollziehen.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der ständigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Entlassen auf Ansuchen:

Polizeiwachmeister Karl Schweißert in Konstanz. Zurückgesetzt:

bis zur Wiederherstellung der Dienstfähigkeit auf Ansuchen: Oberamtmann Alexander Fischer in Wehrloch.

Arbeitsministerium. Wasser- und Straßenbaudirektion.

Planmäßig angestellt: Regierungsbaumeister Otto Niegler beim Stadtbauamt Heidelberg.

Zurückgenommen: Die Veretzung des Verwaltungsassistenten Jann in Wombdorf zum Kulturbauamt Offenburg und des Verwaltungsassistenten Dirksen in Karlsruhe zum Wasser- und Straßenbauamt Wombdorf.

Gestorben: Professor Dr. August Richard Maier am Bad. Landesmuseum, Karlsruhe, am 13. Oktober 1923.

Kanzleisekretär Jakob Wendling beim Verwaltungshof.

Geschäftliches. Erfaß-Sarg. Die wirtschaftliche Depression legte der Katognagen-Alliengeellschaft in Wehingen, Württemberg, den Gedanken nahe, an Stelle der überaus teuren Holzsärgen, solche in Verbindung aus Holz und Pappe herzustellen. Die Wehinger Normaljarge dürfen nicht verwechselt werden mit Pappjargen. Die Särge besitzen ein überaus stabiles Holzgerippe, das lediglich mit guter Pappe umkleidet ist. Das Holzgerippe in Verbindung mit der Pappe hält jedem Gedrückten mindestens in dem Maße stand, wie ein leichter Holzjarg.

Beste, handhabungssichere SPRENGSTOFFE Sprengkapseln und Zündschnüre zum Sprengen von Baumstumpfen Pulverfabrik Ettlingen (Baden) Telephon Nr. 8

Der Metzinger Normalsarg kommt der Not der Zeit entgegen, er ist bedeutend billiger als wie Holzsärgen und dabei würdig im Aussehen, sowie widerstandsfähig gegen Erdruhr. Alleiner Hersteller B.B.81 Kartonnagen-Aktiengesellschaft Metzinger (Wttb.)

Badisches Landestheater. Samstag, 3. Nov. 7 bis 10 Uhr Sp. I 3.50. Abon. F 5. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1701-2200. Der Widerspenstigen Zähmung

Badisches Landestheater. Spielplan vom 4.-13. November. Im Landestheater. So. 4. Nachm. 2½ Uhr. Aufführung: Aschenputtel. Märchenspiel in 3 Bildern von Robert Bürkner. (I. Rang und Sperrsitz 1,80, II. Rang 1,50, III. Rang 1.—, IV. Rang 0,80. Stehplätze 0,50), abends 6½ Uhr. Neu einstudiert: Don Juan. (Sp. I 6,00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2201-2500.

Mo. 5. II. Sinfonie-Konzert. (Brahms, Bruckner) 7½ Uhr. (Sp. I 2,50) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5001-5300. Pflichtveranstaltung auf Abschnitt 11, Kartenausgabe 3. XI. — Die. 6. Abon. G. 6. Der Marquis von Keith. 7. (Sp. I 3,50) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101-1600. — Mi. 7. Abon. C 6. Rigoletto. 7. (Sp. I 4,50) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2701 bis 2800, 3901-4200. — Do. 8. Volksbühne. M. 1. Neu einstudiert Hannele's Himmelfahrt. 7½. (Sp. I 3,50) — Fr. 9. Abon. F 6. Fideleio. 7. (Sp. I 4,50) — Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2801 bis 3000, 3601-3900. — Sa. 10. Nachm. 3. Aschenputtel. (Preise siehe oben), abends 7. Abon. E 6. Der Widerspenstigen Zähmung. (Sp. I 3,50) So. 11. Nachm. 2½. Aschenputtel. (Preise siehe oben), abends 6½. Tosca. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4201-4300, 4801 bis 5000. Beginn des Vorverkaufs zu dieser Vorstellung am Donnerstag, 8. — Mo. 12. Volksbühne L. 4. Hamlet. 7. (Sp. I 3,50). — Die. 13. Abon. D. 6. Neu einstudiert. Der Bettelstudent. 7. (Sp. I 4,50) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5301-5600. und II. Sondergruppe der Th.-Gem. B.V.B.

Im Konzerthaus. So. 4. Altheidelberg. 7. (Park. I 2,50) So. 11. Liselott von der Pfalz. 7. (Park. I 2,50). Schlüsselzahl der Eintrittspreise vorbehalten. Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 3. Nachm. ¼ 4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 5. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung i. d. Geschäftsstelle (10-¼ 1, 4-6 Uhr).

Mo. 5. II. Sinfonie-Konzert. (Brahms, Bruckner) 7½ Uhr. (Sp. I 2,50) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5001-5300. Pflichtveranstaltung auf Abschnitt 11, Kartenausgabe 3. XI. — Die. 6. Abon. G. 6. Der Marquis von Keith. 7. (Sp. I 3,50) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101-1600. — Mi. 7. Abon. C 6. Rigoletto. 7. (Sp. I 4,50) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2701 bis 2800, 3901-4200. — Do. 8. Volksbühne. M. 1. Neu einstudiert Hannele's Himmelfahrt. 7½. (Sp. I 3,50) — Fr. 9. Abon. F 6. Fideleio. 7. (Sp. I 4,50) — Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2801 bis 3000, 3601-3900. — Sa. 10. Nachm. 3. Aschenputtel. (Preise siehe oben), abends 7. Abon. E 6. Der Widerspenstigen Zähmung. (Sp. I 3,50) So. 11. Nachm. 2½. Aschenputtel. (Preise siehe oben), abends 6½. Tosca. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4201-4300, 4801 bis 5000. Beginn des Vorverkaufs zu dieser Vorstellung am Donnerstag, 8. — Mo. 12. Volksbühne L. 4. Hamlet. 7. (Sp. I 3,50). — Die. 13. Abon. D. 6. Neu einstudiert. Der Bettelstudent. 7. (Sp. I 4,50) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5301-5600. und II. Sondergruppe der Th.-Gem. B.V.B.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Radelholzjargen-Versteigerung des bad. Forstamtes Forstheim am Freitag, den 9. November d. J. 8. auf dem Seehaus im Hagenschief, 9½ Uhr vormittags beginnend, aus dem Abt. 4. „Römische Ruinen“, 35 „Roter Stich“, 37 „Saubudel“ und 38 „Leimengrube“; ca. 1800 Stück Radelholzabstufungen, 80 Sopfenstangen und 9 Stück eichene Wagnerstangen. Vorzeigen des Holzes und nähere Auskunft durch die Förster Götler in Eutingen, Kramer, Febr und Start, Seehaus.

Die Ruhe- und Versorgungsgehälter der Gemeindebeamten, welche vom 1. 10. 1923 an von der Fürsorgekasse zu zahlen sind, werden in Zukunft den Kassen der Anstellungsgemeinden zur Weiterleitung zugewiesen. Falls die Abrechnungen wegen verspäteter Bekanntgabe der Gehältern oder aus anderen sachlichen Gründen nicht auf die Fälligkeitstage möglich sind, werden die Anstellungsgemeinden gebeten, den Bezugsberechtigten Vorzüge auszugeben. Inversität werden wir bei den Überweisungen auf größtmögliche Beschleunigung setzen.

Karlsruhe, den 2. November 1923. Verwaltungssenat der bad. Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

Verlag G. Braun, Karlsruhe. Karlsruhe-Verlag. 14.